

Textilarbeiter-Zeitung

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Schriftleitung: Düsseldorf 100, Tannenstr. 33. Fernruf 4423, Telegr.: Textflverband Düsseldorf.

Verlag Heinrich Fahrenbrach, Düsseldorf 100, Tannenstraße 33. Druck und Versand Jos. van Aken, Crefeld, Luth. Kirchstraße Nr. 63-65. Fernruf: 4692.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Verbandsmitglieder erhalten die Zeitung unentgeltlich. Bestellungen durch die Post für das Vierteljahr 5 Mark.

Ein treuer Freund

ist ein karges Bollwerk und ein königliches Schloß mit Gräben und Wall besetzt. Ein treuer Freund ist ein lebendiger Schatz; er ist mehr wert als eine Masse von Gold und Edelsteinen. Ein treuer Freund ist ein Hafen, in dem man Ruhe und Sicherheit findet. Ein treuer Freund, dem nichts verglichen oder vorgezogen werden kann,

ist Deine christl. Berufsorganisation.

Ein Stundenverdienst als Wochenbeitrag.

Das Beitragszahlen ist für manche Mitglieder so unangenehm wie für viele Menschen das Zahlen von Steuern. Es geht nun aber einmal nicht ohne dieses. Einmal schon nicht wegen der andauernden Geldentwertung und der damit zusammenhängenden Steigerung der Preise für alle Materialien, die der Verband braucht. Dann macht aber auch die klare Einsicht in die Notwendigkeit einer entsprechenden Steigerung des Verbandsvermögens die Erhebung eines zeitgemäßen Verbandsbeitrages erforderlich.

Die Leitung eines Verbandes darf sich nicht durch etwa vorhandene Besinnungsstörungen innerhalb der Mitgliederkreise beeinflussen lassen hinsichtlich der Maßnahmen, die zu allererst im Interesse der Mitglieder auch auf dem Gebiete des Beitragswesens getroffen werden müssen. Wiederholt mußten die Beiträge entsprechend der allgemeinen Teuerung in den letzten Jahren erhöht werden. Trotz der ebenfalls gestiegenen Verdienste dauerte es immer sehr geraume Zeit, bis die Mitglieder die beschlossenen neuen Beiträge auch wirklich entrichteten. In Zukunft muß gleich nach Abschluß einer jeden Lohnbewegung auch eine dementsprechende Neufestsetzung der Beitragshöhe erfolgen. Es muß strikte darauf gesehen werden, daß in allen Verbandsbezirken und von allen Verbandsmitgliedern den hier einschlägigen statutarischen Bestimmungen voll und ganz Rechnung getragen wird. Absatz 1 des Paragraphen 26 unserer Verbandsatzungen bestimmt ausdrücklich:

„Die Höhe des Wochenbeitrages soll sich dem Verdienste, bzw. tarifmäßig festgesetzten Stundenlohn anpassen.“

Die Notwendigkeit dieser Maßnahmen bedingen hauptsächlich die beiden Faktoren Geldentwertung und Preiserhöhung. Was hierüber die „Tabakarbeiter-Zeitung“, das Organ unseres christlichen Tabakarbeiterverbandes schreibt, gilt auch für die Verhältnisse unser Verbandes und verdient darum hier wiedergegeben zu werden. Zunächst die Geldentwertung.

Im Dezember vorigen Jahres kostete an der Berliner Börse ein Dollar zwischen 180 bis 190 M. Am 27. März ds. Js. kostete er nicht ganz 340 M. Am 3. Mai kostete er rund 304 M. In diesen Zahlen, die in der Zeit von Mitte Dezember 1921 bis Anfang Mai ds. Js. allerdings hin und her geschwankt haben, kommt eine ganz bedeutende Steigerung des Wertes des Dollars und ein ebenso großes Sinken des Wertes der Mark zum Ausdruck. Konnten wir Mitte Dezember noch für 180 bis bis 190 M. einen Dollar kaufen (vor dem Kriege kaufte man für rund 4,20 M. einen Dollar), so mußten wir am 3. Mai für einen Dollar nicht weniger als rund 304 M. zahlen. Das bedeutet eine Mehrausgabe an Mark für einen Dollar von 114 bis 124 M. oder 37,6 bis 40,8 Prozent. Oder ein anderes Beispiel. In New York wurden vor dem Kriege für 100 Mark 23,82 Dollar bezahlt. Im Durchschnitt des Monats Dezember 1921 erhielt man aber nur mehr 0,54 Dollar und am 13. April nur mehr 0,34 Dollar für 100 M. Auch an diesem Beispiel sehen wir die ganz bedeutende Entwertung unseres Geldes seit Anfang des laufenden Jahres. Wie

es hinsichtlich des Wertverhältnisses unserer Mark zum Dollar steht, steht es mehr oder minder auch hinsichtlich des Verhältnisses unseres Markwertes zu dem Gelde aller anderen Länder, abgesehen von den Ost- und Südoberstaaten Europas. Die Folgerung, die aus dieser Tatsache zu ziehen ist, lautet: Da unser deutsches Geld allgemein im Werte bedeutend gesunken ist, ist auch unser Verbandsvermögen im Werte gesunken, wenn es sich zahlenmäßig auch gehoben hat.

Der gesunkene Wert des Verbandsvermögens bedeutet aber nichts anderes als eine wesentliche Schwächung der Macht der Gewerkschaften bei Wahrnehmung der Interessen der Arbeiterschaft.

Mit der steigenden Entwertung des Geldes Hand in Hand geht naturgemäß eine Steigerung der Preise. Und so beobachten wir auch ein andauerndes Steigen der Preise aller Materialien, die der Verband notwendig hat, um seine gewerkschaftliche Tätigkeit zu entfalten. Wir wollen nur einen Artikel herausgreifen, die Preise für Papier. Wir fassen dabei nur das Papier ins Auge, welches wir für unser Verbandsorgan benutzen. Der Preis für Papier dieses Art stellte sich im Januar 1914 auf 0,22; im Januar 1919 auf 1,20; im Januar 1920 auf 1,90; im Dezember 1920 auf 3,05; im Juli 1921 auf 3,40; im Januar 1922 auf 7,05 und im Monat April auf 13,— Mark pro Kilogramm. Dabei ist ein Ende der Steigerung noch gar nicht abzusehen. Wir sehen hier also, daß seit Januar ds. Js. der Papierpreis allein um 5,95 M. oder rund 45,7 Prozent gestiegen ist. Die Preissteigerungen für die anderen Verbandsmaterialien bewegen sich in ähnlicher Höhe. Es ist nicht möglich, hier Einsparungen vorzunehmen. Eine Einschränkung unseres Verbandsorgans im Umfang oder in der Erscheinungsweise, um Kosten zu sparen, geht nicht an. Das Verbandsorgan ist neben der Eigenschaft als Orientierungsorgan zugleich das wichtigste Bildungsmittel unserer Gewerkschaft. Da aber die Bildungsfragen für uns fast ebenso wichtig sind, als die Fragen der Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, so kann es hinsichtlich des Umfangs und der Erscheinungsweise unseres Verbandsorgans keine Einschränkungen geben, sofern nicht, wie gegenwärtig, in der Papierbeschaffung unüberwindliche Hindernisse entgegenstehen. Hinsichtlich des Verbandsorgans kann es keinen Rückschritt, sondern nur einen Fortschritt geben.

Neben der Geldentwertung und Preissteigerung zwingt uns aber auch

gewerkschaftliche Einsicht und Weitsicht

zu einer erneuten Stellungnahme. Eine mehr als zwanzigjährige Erfahrung bei unserer Verbandsstätigkeit hat gezeigt, daß erfolgreiche Gewerkschaftsarbeit nur zu leisten und dauernd festzuhalten ist, wenn neben einer möglichst großen Mitgliederzahl der Verband auch finanziell möglichst stark dasteht. Diese Tatsache ist unsern Arbeitgebern genau so bekannt als uns, und wenn sie den Wünschen der Arbeiterschaft in der Vergangenheit nicht mehr, als geschwehen, Rechnung getragen haben, so liegt ein Grund hierzu darin, daß sie die mangelhafte finanzielle Rüstung der Verbände genügend kannten. Soll aber ein solcher Zustand dauernd bestehen bleiben? Es wäre ein Zeichen grenzenloser gewerkschaftlicher Eingesichtslosigkeit und mangelnder gewerkschaftlicher Weitsicht, wenn man diese Frage bejahen würde. Dann könnte man die gewerkschaftliche Zukunftsarbeit an den Nagel und die Organisation nur noch als reine Unterstützungskasse (Krankenkasse, Sterbekasse usw.) betrachten. Daran aber können und wollen wir als christlich organisierte Arbeiterschaft nicht denken. Unbeschadet aller Eingesichtslosigkeit und Kurzsichtigkeit, die hier oder da vorhanden ist, an deren Beseitigung wir unablässig arbeiten müssen, werden wir zwangsläufig bestimmt, die Frage des Beitragswesens zu erörtern. Das bringt die gewerkschaftliche Einsicht mit sich, über die wir auf Grund einer mehr als zwanzigjährigen Erfahrung verfügen. Aber auch der Ausblick auf die zu leistenden Aufgaben der Zukunft, der Wille, diese Zukunftsaufgaben zu lösen, die Bereitschaft, dafür auch die erforderlichen Opfer, auch an Beiträgen, zu bringen, zwingt uns, immer wieder darauf hinzuweisen, daß die Mitglieder in ihrem eigenen Interesse einen Stundenverdienst als Beitrag entrichten müssen.

Endlich wird unsere Haltung bestimmt durch Vorgänge im Arbeitgeberlager

gerade in letzter Zeit. Daß man dort auch am Ruffen ist, ist uns nicht unbekannt, vom Standpunkt der Arbeitgeber ja auch verständlich.

Die Vorgänge im Arbeitgeberlager bedeuten für die Gesamtarbeiterschaft eine ernste Warnung. Auch für unsern Verband und für unsere Verbandsmitglieder. Spielen wir keine Vogelstraußpolitik. Es könnte sonst für uns Arbeitnehmer ein recht unangenehmes Erwachen geben. Die Mitglieder müssen, wenn es noch Zeit ist, durch die Tat beweisen, daß sie die Wirklichkeit sehen und auch gewillt sind, derselben Rechnung zu tragen. Darum ist es unbedingt notwendig, daß jedes Mitglied mit Sorgfalt prüfe, ob es auch in die Beitragsklasse hineinzählt, die im richtigen Verhältnis zu seinem wirklichen Stundenlohn steht. Ein weitsichtiges Verbandsmitglied zahlt aber schon in seinem eigenen Interesse freiwillig in eine höhere Beitragsklasse, weil es dann auch dementsprechend höhere Unterstützungen erhält. Für wirklich überzeugte Gewerkschaftler kann und darf fernerhin nur der Grundsatz gelten:

Ein Stundenlohn als Verbandsbeitrag!

Der Berufsgedanke in Gewerkschaft und Volkswirtschaft.

Gelegentlich der XII. Generalversammlung des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter sprach Dr. Theodor Brauer-Köln in gedanklich und formell hervorragender Weise über das obengenannte Thema. Wir geben nachfolgend einen kurzen Auszug aus dem Bericht über die Rede.

Zwei Gewerkschaftsanschauungen kämpfen miteinander um die Herrschaft: Die eine, die in Klassenkampfabanken begründet ist, und die andere, die ihre Grundlage in dem Berufsgedanken erblickt. Für die christlichen Gewerkschaftler kommt nur die Einstellung auf den Berufsgedanken in Frage.

Zunächst handelt es sich darum, über die technischen oder fachlichen Seiten des Berufsgedankens volle Klarheit zu verbreiten. Im allgemeinen versteht man den Handwerker und vielleicht auch noch den gelehrten Arbeiter die Möglichkeit des Berufsgedankens zu. Es kommt aber darauf an, zu erkennen, daß die moderne Arbeitsteilung und Spezialisierung an sich dem Berufsgedanken nicht im Wege steht. Nicht die objektive Anforderung des Arbeitsprozesses ist maßgebend für die Möglichkeit des beruflichen Empfindens. Dieses baut vielmehr auf der persönlichen Eingabe des Arbeiters an seine Tätigkeit auf. Daß er etwas gilt und sich selber für etwas halten kann, daraus entsteht das Bewußtsein für den Arbeiter, daß er „berufen“ ist. In dieser Grundlage des Berufsempfindens können auch die weitestgehende Arbeitsteilung und der Kapitalismus als solche nicht rütteln. Man muß nur den Menschen außerhalb der Lehrmeinungen sprechen lassen. Beobachtungen unter den Schülern der Fortbildungsschulen haben das bestätigt, selbst auch für den ungelerten Arbeiter. Der Redner wandte sich dabei gegen die Überreizung einer falsch eingestellten Psychologie. Zugleich untersuchte er die Einwirkung der dem heutigen Menschen mehr wie dem früheren eigentümlichen „Nebenhaftigkeit“ auf Beruf und Berufsempfinden; er geht dabei von der Tatsache aus, daß auch die mittelalterliche Kunst zugleich den Schatz des „Mysteriums“ des Berufs und den Schatz der Fahrung erstrebte. Er untersucht dann ferner die Wirkung, die die Tarif- und Arbeitsgemeinschaft auf die Erneuerung der Berufsgemeinschaft haben könnte und habe. Aus all dem leitete Redner in ausführlicher Erörterung die Möglichkeit des Berufsgedankens auch in der heutigen arbeitsteiligen Wirtschaft her, wenn man sich nur dazu verstehen wolle, nicht veraltete Maßstäbe anzulegen. Zugleich wies er auf den Fortschritt hin, der ohne Zweifel für das Wiedererwachen des Berufsgedankens dadurch gegeben ist, daß in den Betriebsräten der Arbeiter nicht nur zum Mitraten, sondern auch zum Mitantworten herangezogen wird. Das gemeinsame Tun der Verantwortung wirkt gemeinschaftsbildend.

Mindestens so wichtig aber wie die fachlichen oder technischen Seiten der Berufsidee ist ihre sittlich-religiöse Seite. In längeren Untersuchungen bewies der Redner, daß man aus den Schwierigkeiten der modernen, mechanisierten Zeit letzten Endes nur herauskomme, wenn sich der Mensch in seiner Arbeitstätigkeit einer höheren Macht verantwortlich fühlt. Der Grundgedanke dieser Seite des Berufsmotivs läßt sich in den Worten zusammenfassen: „Glück, was du gestiftet hast.“ Von diesem Gesichtspunkte aus erläutert Redner die besondere Mission, die der christlichen Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung obliegt. Der Berufsgedanke in seiner Doppelform gibt ihr geradezu das Schicksal unseres Volkes in die Hand. Auch der Staat kann nur auf dieser Grundlage wieder hochkommen, da nur in diesem doppelgestaltigen Berufsgedanken festverankertes Staatsvolk auch die Grund-

Die kommenden schweren Wirtschaftskämpfe

können von den Gewerkschaften nur dann erfolgreich bestanden werden, wenn diese rechtzeitig ihre finanzielle Kraft stärken. Für jeden Verbandsmitglied muß darum die Parole lauten: Einen Stundenlohn als Wochenbeitrag für den Verband.

lage für einen starken Sinn sein kann. Sodann muß die gewerkschaftliche Solidarität zu allererst sich in der Berufsidee des Arbeiters vergeistigen und verleben. Volksgemeinschaft kann nur werden, wenn die Gemeinschaft erlebt wird. Das aber kann außer in der Familiengemeinschaft nur in der Berufsgemeinschaft zur Tat werden.

An dem eindringlichen Appell an die Führer der christlichen Gewerkschaften, in ihren eigenen Lebenskreisen solche Gemeinschaft den ihnen anvertrauten Scharen vorzulegen, klängen die Ausführungen des Redners aus, die stürmischen Beifall fanden.

Kritisches zur gleitenden Lohnskala.

Die sich in den letzten Wochen überstürzenden Lohn- und Preisrevolutionen haben die Frage der gleitenden Lohnskala wieder akut werden lassen. Die verschiedenen Vorschläge sind gemacht worden, die "sichere" und "zuverlässige" Unterlagen für gleitende Lohn- und Gehaltsregelungen nach den Schwankungen der Lebenshaltungskosten vermitteln wollen. Auch bei den Lohn- und Gehaltsempfängern selbst hat die bis heute programmatisch auf jede Teuerungswelle einsetzende Lohn- und Gehaltserhöhung mittels der "Lebensnotwendigen" die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf sich gezogen, die Lohnhöhe in vollem Ausmaß einer jedesmaligen Teuerung in Form einer gleitenden automatisch Lohnbewegung zu regulieren, mit anderen Worten stets die gleiche Kaufkraft des Lohnes zu gewährleisten. Es scheint an der Zeit zu sein, einmal darauf hinzuweisen, daß es nicht möglich ist, die Lohn- und Gehaltsempfänger von allen Härten, die die Preisrevolutionen mit sich bringen, zu befreien, daß also kein Hilfsmittel gibt, um eine gleitende Lohnskala im idealsten Sinne aufzustellen, die stets in gleichiger Weise die ungünstigste Kaufkraft des Lohnes gewährleistet.

Daß die Löhne und Gehälter bei weiteren Teuerungen ausgebaut werden müssen, bestreitet heute keiner. Denn das Entgelt für die Arbeitsleistung hält sich heute vornehmlich in der Grenze des Lebensnotwendigen, desjenigen, was von der heutigen Sozialanschauung für einen in unserer Kulturgemeinschaft lebenden Menschen als notwendig anerkannt wird. Die Frage, die bei der gleitenden Lohnskala interessiert, lautet nun: Gibt es eine Methode, mit deren Hilfe die stets gleiche Kaufkraft des Lohnes erhalten werden kann?

Um eine gleitende Lohnskala nach den veränderten Kosten der Lebenshaltung aufstellen zu können, ist eine Messung der Teuerung notwendig oder — was dasselbe ist und nur die Rechnerseite der Medaille darstellt — eine Messung der Schwankungen der Kaufkraft des Geldes. Es kommt also auf eine Methode an, die das volle Ausmaß der Teuerung bemisst, die veränderte Kaufkraft des Geldes feststellt. Gibt es heute eine solche Methode? Der Methoden, die die Teuerung messen wollen, gibt es recht viele. Sie sind fast alle auf das System der Indizes abgestellt. (Indizes zählen sind Maßzahlen, die durch periodisches Zusammenzahlen von Preisreihen entstehen.) Aber keine Methode kann von sich behaupten, daß sie stets in höherer Weise das volle Ausmaß einer jedesmaligen Teuerung angeben könnte. Auch in Zukunft wird es eine solche Methode nicht geben, da es heute feststeht, daß eine vollkommen exakte Ermittlung der Kaufkraft des Geldes und des Ausmaßes einer Teuerung nicht möglich ist. Das erste Erfordernis also, um

eine gleitende Lohnskala aufstellen zu können, die in vollem Ausmaß mit der Teuerung Schritt hält, kann nicht erfüllt werden.

Über selbst wenn eine solche exakte Ermittlung heute vorgenommen werden könnte, sie allein würde nicht genügen, um eine gleitende Lohnskala in dem oben dargelegten idealen Sinne möglich zu machen. Denn die Festlegung auf eine solche automatische Lohnregulierung schließt das dauernde Einverständnis von Arbeitgeber und -nehmern mit dem einmal als erforderlich angesehenen Reallohn in sich. Ein solches Einverständnis läßt sich aber heute aus der tatsächlichen Einstellung der Beteiligten gegenüber dem Lohnproblem noch nicht konstruieren. Der Arbeiterschaft kommt es darauf an, einen möglichst hoch bemessenen Anteil am Ertrag der nationalen Produktion zu erringen, während der Unternehmer in seiner Auffassung des Lohnes als Produktionskosten diesen ebenso möglichst niedrig zu gestalten sucht, wie die anderen Produktionskosten, um seinen Unternehmergewinn zu erhöhen und das Unternehmerrentabiler zu machen. Ob sich alle diejenigen, die heute so optimistisch von gleitenden Lohnskalen reden, über die tatsächliche Haltung der Lohnempfänger und -zahler klar sind? Wir bezweifeln es. Bei richtiger Prognose kann man nicht so optimistisch sein. Vor allem die Lohnempfänger mögen es sich gesagt sein lassen, daß das Wort auf den geeigneten Moment, um den Reallohn zu erhöhen, mit dem Erfordernis der gleitenden Lohnskala nicht in Einklang zu bringen ist und darum auch ihre Forderung nach automatisch gleitenden Löhnen nicht verwirklicht werden kann. Gleitende Lohnskalen nach den veränderten Kosten der Lebenshaltung werden illusorisch, wenn das ihnen zu Grunde gelegte "Lebensnotwendige" nur für Augenblicke gelten soll.

Es sind demnach keine gleitenden Lohnskalen im idealstem Sinne möglich, die den Verbraucher, weil sie automatisch jede kleinste Auswirkung der Teuerung auffangen, vor allen Härten der Preisrevolutionen bewahren würden. Darin zeigt sich ja gerade der Krankheitszustand unserer Wirtschaft, zeigen sich die Folgen der übermäßigen Leistungen während des Krieges und die des verlorenen Krieges, daß wir unserem Volke nicht mehr dasselbe sorglose Leben wie vor dem Kriege bieten können. Daß natürlich danach gestrebt werden muß, die Teuerungen in ihren Auswirkungen möglichst abzumildern, dadurch, daß man Lohn- und Gehaltserhöhungen vornimmt, ist selbstverständlich. Es fragt sich jetzt nur, in welchem Ausmaß diese indernde Teuerungspolitik möglich ist und welche Voraussetzungen erfüllt werden müssen.

Allgemeine Rundschau.

Zentralverband christlicher Holzarbeiter
Der Zentralverband christlicher Holzarbeiter hat sich veröffentlicht, indem er keine Abrechnung für das Jahr 1921. Die Geschäftslage im Holzgewerbe war in diesem Jahre im allgemeinen sehr ungünstig, was in Betriebsbeschränkungen, Stillsetzungen sowie in der Einführung von Kurzarbeitszeit vielfach zum Ausdruck kam. Der Zentralverband christlicher Holzarbeiter konnte trotzdem seine Mitgliederzahl noch erhöhen, und zwar von 35 512 am Schlusse des Jahres 1920 auf 41 351 am Schlusse des vorigen Jahres. Diese Mitglieder verteilen sich auf 610 Zahlstellen gegen 572 am Schlusse des vorhergegangenen Jahres. In Einnahmen hatte der Verband im Berichtsjahre 6 319 698 M., denen Ausgaben in Höhe von 5 153 799 M. gegenüberstanden. Das

Vermögen betrug am Jahreschlusse 2 652 848 M. Im Ueberflusse wurden im Berichtsjahre allein fast zwei Millionen Mark verausgabt. Im Berichtsjahre wurden für Tausende der Mitglieder geregelte Arbeitsverhältnisse neu geschaffen und für alle Mitglieder zu wiederholten Malen erfolgreiche Lohnbewegungen durchgeführt.

Ein Gesetz über Lohnstatistik.

Dem Reichstag ist vom Reichswirtschaftsminister ein Gesetzentwurf zugegangen, wonach die Reichsregierung ermächtigt werden soll, mit Zustimmung des Reichstags Erhebungen über die Lohn- und Gehaltsverhältnisse der Arbeiter und Angestellten anzuordnen; vor dem Erlass der Anordnung soll der zuständige Ausschuss des Reichswirtschaftsrats gehört werden. Auf Vorschlag des Reichswirtschaftsrats will die Reichsregierung einen lohnstatistischen Beirat berufen, der insbesondere bei der Aufstellung der Erhebungsformulare hinzuzuziehen sein wird. Den Ländern durch das Gesetz erwachsende Kosten will das Reich tragen. Zuüberhandlungen gegen die auf Grund dieses Gesetzes erlassenen Bestimmungen sollen mit Geldstrafen bis zu 100 000 M. bestraft werden. In der dem Gesetz beigegebenen Begründung geht die Reichsregierung von dem Gesichtspunkt aus, daß statistische Erhebungen der Löhne und Gehälter der Arbeiter und Angestellten die unentbehrlichste Grundlage zur Beurteilung der tatsächlichen Zustände auf diesem Gebiet seien und in Verbindung mit Erhebungen über die Lebenshaltungskosten die bringend notwendigen Unterlagen für eine gesunde Lohn- und Gehaltspolitik lieferten. Aus diesem Grunde will die Reichsregierung ein Rahmengesetz schaffen, durch das alle ferneren Lohnerhebungen sichergestellt werden, zumal auch deshalb, weil die Lohnstatistik ihren Zweck nur erfüllen kann, wenn die Erhebungen regelmäßig vorgenommen werden. Zunächst ist beabsichtigt, nach Abschließung des Gesetzes mit monatlich wiederholten Erhebungen kleineren Umfangs in Gewerbebezirken mit einfach gelagerten Lohnverhältnissen zu beginnen. Auf Grund der hier gewonnenen Erfahrungen soll dann allmählich dieser als Vorbild in Aussicht genommene Dienst weiter ausgebaut werden. In größeren Maßstäben sollen auch umfangreichere Erhebungen über die Lohn- und Gehaltsverhältnisse der Arbeiter und Angestellten stattfinden; diese werden sich auf alle von den Reichsarbeitsgemeinschaften vertretenen Gewerbegruppen und alle Gegenstände des Reiches zu erstrecken haben. Doch will man sich aus Gründen der Sparlichkeit und der schnelleren Aufarbeitungsmöglichkeit auch hier auf die typischen Betriebe beschränken.

Ein Versuch zur Feststellung der Lebenshaltungskosten.

Mit dem 1. April unternahm Gelsenkirchen als erste unter den deutschen Städten selbständig den Versuch, auf der Grundlage von Haushaltsbüchern eine möglichst eindeutige Berechnung des sogenannten Existenzminimums anzustellen. Die Haushaltsbücher werden geführt von 30 Arbeiter- und Beamtenfamilien, die von den Mitgliedern des durch Stadtverordnetensbeschluss vom 6. September 1921 eingesetzten Ausschusses zur Feststellung des Existenzminimums gewonnen worden sind. In 31 verschiedenen Spalten werden die vorkommenden Ausgaben täglich nach Art, Menge und Preis eingetragen. Die Zusammenstellung und weitere Auswertung des so erhaltenen Materials erfolgt im

Vor 25 Jahren.

Vor einem verdienstvollen Pionier unserer christlichen Arbeiterbewegung erhalten wir nachfolgend abgedruckten recht wertvollen Beitrag zur Geschichte unserer christlichen Textilarbeiterbewegung. Er gewährt einen interessanten Einblick in die mühevollen, aber auch von einem hohen Idealismus getragene Gründungszeit unserer Bewegung, wozu es die Bedeutung besonders aller jüngeren Mitglieder finden sollte.

Am 25. dieses Monats werden es 25 Jahre, seitdem

der christliche Textilarbeiterverband im Lande Bayern gegründet worden ist. Trotzdem die jetzige Zeitlage zu Jubiläumstagen sich wenig eignet, soll doch an dieser Stelle der Verbandsgründung von damals freudig gedacht und dem bayerischen Textilarbeiterverband, als der ersten gewerkschaftlichen und christlichen Zentralorganisation in Deutschland, seinen Ansehens und seinen Gründern ein Wort der Erinnerung gewidmet werden. Die Abhandlung mit Angaben über die damaligen Lohn- und Arbeitsverhältnisse, über die feindselige Haltung der Sozialdemokraten wie der Unternehmer sind kein jügendes Kulturbild aus diesen Tagen; sie zeigen den Wagemutigen in Verbands aber den von den Älteren erkrankten sozialen Fortschritt von heute.

Der eigentliche Gründer des bayerischen Textilarbeiterverbandes ist der heute noch in der christlichen Gewerkschaftsorganisation und im Verbandsrat tätig Angeordnete Schürmer, als gelernter Schlosser mehr 22 Jahre im Betriebe tätig, dann Arbeitersekretär und Redakteur. Durch seine 1892 begonnene Tätigkeit in einem christlichen Sozialpolitiker und für die Durchsetzung des christlichen Gewerkschaftsdenkens, in er im Lande Bayern aus im Jahre 1897, wozu auch durch seine Kämpfe mit der marxistischen Sozialdemokratie der Arbeiterbewegung bekannt geworden. Durch die antireligiösen Hysterien der sozialdemokratischen Agitatoren und deren antireligiöse Propaganda für die sozialdemokratischen Verbände angezündet haben christlich gesinnte Textilarbeiter den bekannten Kämpfer nachgeholt, eine eigene Textilarbeiterorganisation zu gründen, in welcher die idealen und materiellen Interessen der christlichen Arbeiterbewegung vertreten werden könnten. Schürmer, der früher schon eine größere Anzahl Arbeitervereine und Organisationen für die verschiedenen Berufe und schließlich den gewerkschaftlichen Verein Textilarbeiter mit ins Leben gerufen hatte, ließ sich das nicht geistig sagen. Er setzte durch Bekannte, durch Zufallspersonen oder durch direkten Ansprechen oder Ansuchen überall in Bayern mit den Textilarbeitern in Fühlung zu kommen den christlichen Betriebsangehörigen bei ihnen zu werden und ihn zu verwickeln.

Aber, aller Anfang ist schwer! Fast überall fehlte sich der Einführung der Organisation viele wenn und aber, große Schwierigkeiten entgegen. In einem 1897 geschriebenen Briefe aus einem Städtchen Mittelfrankens ist gesagt: Ihre Bemühungen um Beseitigung der Arbeiternot schätze ich hoch; aber die Einführung des Textilarbeiterverbandes hier wird nicht möglich sein. Bei den evang. Arbeitern herrschte ein gewisses Mißtrauen dagegen, die kath. Arbeiter aber nur gering um Zahl. Wenn diese sich anschließen würden, würden sie von dem hier sehr einflussreichen Fabrikanten Z. (Wollfabrik) eingeschüchelt werden.

Der Weber Josef Lecher, Berghofen bei Sonthofen im Allgäu, der bei der Gründung mitwirkte, schrieb: Die Sache geht nicht so leicht. Das Volk da heroben ist so misstrauisch. Die einen meinen, es sei eine Lumperei, die anderen haben Angst. In der Fabrik Bachmann kommen wir schwer vorwärts. Ich muß ganz langsam tun, sonst jagt man mich gleich zum Teufel. Zur Werbung nach Hadelang und Oberdorf muß Kollege Köhler, weil er viele dort kennt. Da muß ich in Sonthofen bald eine Versammlung halten und ich glaube, daß eine solche am meisten Anziehungskraft hat.

Ein Webermeister in Bamberg schilderte die Lage dort als "vergewisselt". Ältere und pensionsberechtigte Arbeiter würden an die Luft gesetzt, wenn der Direktion bekannt würde, daß sie dem Verbands angehören. 78% der Arbeiter sind weiblich, und unter den männlichen Arbeitern sind viele ländliche, die für eine Organisation noch kein Interesse haben.

Auch politische und andere Schikanen waren zu überwinden. In Kottlitz verlangte der Beigeordnete die rechtzeitige Einholung einer Versammlungs Erlaubnis, gab sie dann aber auf Verordnungen schließlich in jährender Form. Es wird den Arbeitern des Fabrikortes Kottlitz und Umgebung die ortspolizeiliche Bewilligung erteilt, behufs Gründung eines Textilarbeitervereins eine Versammlung heute nachmittag 2 Uhr im Gasthaus zum schwarzen Adler in Kottlitz abhalten zu dürfen.

Im benachbarten von den Liberalen beherrschten Kempten fand sich keine Firma, die sich zum Druck von Versammlungsanladungen hergeben hätte. Bei der Verteilung der dazu aus München bezogenen Versammlungsanladungen durch einen Straßenknecht, erhielt Schürmer von Kempten aus zwei Strafmandate, die er bezahlen mußte. In vielen Fällen mußte Schürmer nicht nur die Versammlungen einberufen, sondern auch als Vorsitzender und Redner fungieren, weil sich keiner fand, der eine Funktion übernommen hätte. Der Fabrikantenterror war damals noch sehr groß und trug das in der Reichsgewerkschaft auch für die Arbeiter garantierten Arbeitsrecht waren diese bei passenden und passenden Gelegenheiten Tageregungen

ausgesetzt. Allein die Einberufung einer Versammlung konnte einem Arbeiter Stelle und Brot kosten. Der Textilarbeiter Georg Lengfelder in Forchheim mußte das erleben. Als er sich an die Spitze des christlichen Textilarbeiterverbandes stellte, wurde er von seinem Arbeitgeber, dem er 12 Jahre lang bei niederm Lohn treu gedient hatte, einfach aus der Fabrik hinausgeworfen. Es war der erste Gemahregelle, der unterstellt werden mußte.

In seinem Jahresbericht von 1895 schrieb der bayerische Fabrikinspektor Dr. Brischhofer: "Sobald die sozialdemokratischen Arbeitervereine den praktischen Fragen des Arbeiterlebens näher treten, so werden sie von den Arbeitgebern in derselben Weise beurteilt und ihnen eine ebenso ungünstige Gestaltung entgegengebracht, wie den anderen." (In dieser Hinsicht hat sich bedauerlicherweise mancherorts bis auf den heutigen Tag nicht viel geändert. Die Schriftstg.) 1898 teilte der Fabrikinspektor von Augsburg Schirmling aus seinen Erfahrungen mit. Das war eine Kurzgeschichte sondergleichen von vielen Arbeitgebern. Sie machten den großen Fehler, jede auch die kostbare Interessentretung und deren Vorkämpfer zu bekämpfen und zu ächten. Damit ist eine allgemeine starke Erbitterung hervorgerufen und der revolutionären Bewegung der Boden bereitet worden.

Das ehemals liberale Fabrikantentum hatte nur das eigene Interesse im Auge. Die liberale Presse unterstützte sie dabei und machte jähren gegen die Arbeiter- und Angestelltenbewegung. Als der bayerische Textilarbeiterverband gegründet werden sollte, vertrieb die "Münch. Allg. Ztg." vom 2. Okt. 1897 darauf und wachte die Organisation des "Schlossers Schürmer" als eine Gründung des Zentrums und der "Klerikalen" zu denunzieren. Die Fabrikanten wurden aufgefordert, gegen den Verband Front zu machen. Derselbe Zeitung begrüßte es auch, daß in den Gründungsversammlungen Mitglieder der "Hirsch-Dunkerischen" und sozialdemokratischen Verbände den Christlichen scharf entgegenstehen. Die Gründungsversammlungen waren infolge dieser Hege von rechts und links oft wahre Radauver sammlungen. Das Hauptorgan der Sozialdemokraten in Bayern, die "Münch. Post", hat dazu ihr gut Teil beigetragen; ebenso der "Textilarbeiter" des roten Verbandes. Derselbe Organ schrieb in seiner Nummer vom 17. Sept. 1897: "Leider sind wir nicht imstande, die Bildung eines 'ultramontanen' Textilarbeiterverbandes... zu verhindern, müssen aber dennoch die denkwürdigen und energiegelassen Elemente der modernen Arbeiterbewegung ersehen, ihren eigenen Einfluß aufzubieten und jeder wirtschaftlich nicht gerade notwendigen Stärkung jenes geplanten Gewildes respektlos-reaktionärer Bestimmung mit Nachdruck entgegenzutreten."

Lohnerhöhungen will die Textilarbeiterschaft

und das mit vollem Recht. Darum müssen wir aber auch den Willen haben, entsprechende Beiträge zu entrichten.

Statistischen Amt. Diefem werden die Haushaltungsbücher durch Vermittlung der Ausschussmitglieder monatlich zugestellt, und zwar so, daß die Namen der betreffenden Familien der Stadtverwaltung unbekannt bleiben.

Der „Siegeslauf des Marxismus“

Ist bekanntlich, wenn man jeden beliebigen Dugendgenossen hört, nicht aufzuhalten. Wie dieser unauffällige Siegeslauf in Wirklichkeit auslieht, das plaudert nach dem Redaktionswechsel der bisherige Redakteur der „Freiheit“ Eugen Prognier, in der von Rudolf Breitscheid herausgegebenen Wochenschrift „Der Sozialist“ also aus:

Die deutsche Arbeiterbewegung ist krank. Eine tiefe Verdrossenheit geht durch alle ihre Kreise, die rechte und echte Freude an der Parteiarbeit ist nur noch selten anzutreffen. Die Arbeiterklasse verzehrt ihre besten Kräfte im Kampf gegen sich selbst; eine Partei sucht der andern immer den Rang abzulaufen, und im Grunde genommen, verlieren sie alle zusammengekommen das Spiel.

Es ist also etwas bedenklich faul im Staate Dänemark. Der Partekampf der roten Brüder verehelt eben auf die Dauer jedem noch denkenden roten Arbeiter den Sozialismus.

Trotzdem „religiös neutral“!

Im Volkshause zu Ebing fand eine gemeinsame Versammlung des christlichen, Hirsch-Dunkerischen und sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes statt. Nach Erledigung der wirtschaftlichen Angelegenheiten wurde seitens des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes Propaganda gemacht für den Beitritt zum Freidenkerbund.

Der Vortrag dürfte zum Nachdenken Veranlassung geben, und der christlichen Arbeiterchaft zum Bewußtsein bringen, wo ihr Platz ist. Durch die Mitgliedschaft in den „freien“ und Hirsch-Dunkerischen Verbänden wird zahlenmäßig und finanziell eine Bewegung unterstützt, die allem, was sich christlich nennt, entgegenwirkt.

Sozialistische Engstirnigkeit.

Im Gemeinderat der Gemeinde Rüsselsheim, in dem die sozialistischen Parteien das Übergewicht haben, hatte man für die Straßen in der Wohnkolonie der Dr. Ludwig-Del-Stiftung die Benennung nach sozialdemokratischen Führern beschlossen, während die Stiftung des Wunsch geäußert hatte, daß eine der Straßen zu Ehren des im Kriege gefallenen Stiffters benannt werde.

Für unsere Arbeiter- und Betriebsräte.

Betriebsräte im Aufsichtsrat. Welche Bedeutung hat der Aufsichtsrat? Ein Beispiel: Eine Aktiengesellschaft hat 20 000 000 M. Aktienkapital. Dieses Kapital soll arbeiten. Es können nun nicht alle Aktionäre mit ruten und taten, sondern die Geschäfte führt der Vorstand, die Direktion usw.

Großen der Industrie, sind in so und soviel Aufsichtsräten. Dadurch entsteht, ohne äußerlich in der Erscheinung zu treten, ein innerer Zusammenhang der gesamten deutschen Industrie. Die Aufgabe der Aufsichtsräte besteht also nicht nur darin, um Lantimen einzustreichen, sondern es muß ernste Arbeit geleistet werden.

Aus unserer Industrie.

Die Lage der deutschen Textilindustrie

Die Lage der deutschen Textilindustrie wird trotz der verworrenen politischen Verhältnisse noch immer als außerordentlich günstig bezeichnet. Sowohl die Woll- wie die Baumwollwebereien in allen Teilen des Reiches sind mit Aufträgen voll versehen, wenn auch der Eingang neuer Bestellungen nicht mehr so flüchtig ist, als dieses in den Vormonaten der Fall gewesen ist.

Deutschlands Wollproduktion.

Um die Mitte des vorigen Jahrhunderts bildete die Wollproduktion einen bedeutenden Zweig der deutschen Landwirtschaft. Später ging die Schafzucht sehr zurück. Während zu Anfang der sechziger Jahre noch über 23 Millionen Schafe in Deutschland gehalten wurden, ergab die letzte amtliche Zählung vor dem Kriege nur noch 8 Millionen.

Schon während des Krieges ergab sich die Notwendigkeit, die heimische Wollproduktion zu heben, und sofort mit Friedensschluß trat man mit Energie an diese Aufgabe heran. Um den Züchtern Gelegenheit zu geben, ihre Produktion so gut wie möglich zu verwerten, und um einen festen Marktpreis zu schaffen, führte man Wollauktionen ein, wie sie in anderen Erzeugerländern und namentlich in London schon seit geraumer Zeit bestehen.

Aus unserer Bewegung. Der falsch verstandene Solidaritätsbegriff. In der letzten Zeit häufen sich wieder die Fälle der wilden Streiks. Hier und da haben die Arbeitgeber die berechtigten Forderungen der Arbeiter nicht genügend berücksichtigt.

die Organisation zu hauen, die Arbeit nieder. Und nun kommt die verhängliche Frage für die andern Arbeiter desselben Industrie- oder Tarifgebietes: Müffen wir nicht aus Solidarität auch die Arbeit niederlegen?

Wir Arbeiter wollen uns nicht lange mit theoretischen Auseinandersetzungen darüber den Kopf zerbrechen, auf welcher Seite in den kritischen Momenten das Recht liegt. Wir dürfen uns aber auch nicht in diesen Situationen von einem falschverstandenen Solidaritätsgefühl leiten lassen.

Wir überzeuge Gewerkschaftler bewahrt sich erst im Kampfe um die Meinungen. Er stellt seinen Mann, selbst auf die Gefahr hin, sich unbeliebt zu machen. Er läßt sich nicht durch die Gefahr einer falschen Auslegung des Solidaritätsgedankens irre führen.

Zur Wahl der Betriebsräte im Aufsichtsrat. Die Betriebsräte unseres Verbandes von Rheinland und Westfalen, deren Unternehmungen Aufsichtsräte haben, hatten sich am 21. Mai 1922 in Düsseldorf im Vaulushaus zu ersten Beratungen zusammengefunden.

Zur Wahl der Betriebsräte im Aufsichtsrat

Die Betriebsräte unseres Verbandes von Rheinland und Westfalen, deren Unternehmungen Aufsichtsräte haben, hatten sich am 21. Mai 1922 in Düsseldorf im Vaulushaus zu ersten Beratungen zusammengefunden. Es galt, sie mit den gesetzlichen Bestimmungen über die Entsendung von Betriebsratsmitgliedern in den Aufsichtsrat bekannt zu machen.

Die bedeutsame Betriebsräte tagung bewegte sich in folgendem Rahmen:

- 1. Vortrag über die Entstehungsgeschichte, den Wortlaut des Gesetzes und der Wahlordnung; 2. Vorbereitung der Wahl durch Bildung von Arbeitsgemeinschaften der in Frage kommenden Unternehmungen.

Als Versammlungsleiter wurde gewählt der Vorsitzende des Reichstextilarbeiterrates Kollege Peter Kukbaum, Blombacherbad, Referent zum ersten Punkt der Tagung war der Betriebsratsdelegierter unserer Zentrale, Kollege Bernhard Lettchen aus Düsseldorf. Letzterer ging bei der Behandlung seines Themas von den Schwierigkeiten, die bei der Schaffung des Aufsichtsratsgesetzes entstanden sind, aus und demonstrierte recht charakteristisch den Kampf zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer in den politischen Körperchaften.

Die sozialistischen Gewerkschaften nehmen infolge ihrer parteipolitischen Zerrissenheit zum Gesetz eine zweideutige Stellung ein. Der Widerstreit der Meinungen, die große Kluft der politischen Grundzüge läßt eine Eintheilichkeit der Ideen nicht zustande kommen. Die Bezeichnung der sozialpolitischen Gleichgültigkeit mit „Armenfuppe“ ist abgelehnt worden durch die Benennung des Aufsichtsratsgesetzes als „weiße Salbe“.

über die Entsendung der Betriebsratsmitglieder in den Aufsichtsrat nichts anderes ist als die Verwirklichung der christlich-sozialen Ideen.

Im zweiten Teil des Vortrages wurde der Text des Gesetzes sowie der Wahlordnung eingehend besprochen.

Die beamteten Kollegen, die mit der Bearbeitung der Betriebsratsfragen in den einzelnen Bezirken betraut sind, berichteten nach Erledigung des ersten Punktes über die bereits getroffenen Vorbereitungen der Wahlen und die Schwierigkeiten, die sich hierbei herausgestellt hatten.

Die praktische Vorgehensweise wurde nach Entgegennahme der Berichte in den einzelnen Arbeitsgemeinschaften der Arbeitervereine bzw. Kommanditgesellschaften auf Aktien geleistet.

Wir blicken auf eine gut verlaufene Tagung von Betriebsratsmitgliedern zurück. Die Einheitlichkeit in der Auffassung wird auch diesmal unsere Arbeit mit Erfolg lohnen.

Von der Lohnbewegung im Bezirk M.-GlADBACH.

Unser Tarifgebiet hat eine aufregende Lohnbewegung hinter sich. Am 20. Mai wurde das neue Lohnabkommen geltend gemacht.

Am 2. Mai wurde dann in Verhandlungen eingetreten. Von Arbeiterseite wurde die Forderung nach den Bedürfnissen der Stadt M.-GlADBACH vom April ds. Js. begründet.

Es wurde nun bekannt, daß viele Firmen es nicht für notwendig gehalten hatten, ihre gegenseitige Betriebsvertretung über die erste Abmachung anzuklären.

Monsiag, den 8. Mai, wurde dann in einigen Betrieben ohne Anweisung der Gewerkschaften in einen wilden Streik eingetreten.

Am Montag, den 10. Mai, in eine weitere Versammlung. An diese schloß sich dann ein großer Demonstrationsschritt an.

tag, den 13. Mai, in Verhandlungen eingetreten. Das Ergebnis dieser Verhandlung wurde der großen Lohnkommission vorgetragen.

Wir treten ein für die Aufnahme der Arbeit in allen Betrieben am kommenden Montag, den 15. Mai.

Dieser Beschluß wurde der Betriebsräteversammlung, die am selben Tage in der Kaiser-Friedrich-Halle tagte, zur Annahme empfohlen.

Montag, den 15. und Dienstag, den 16. Mai wurden dann die Verhandlungen fortgesetzt und zu Ende geführt.

Die am Dienstag, den 16. Mai, tagende große Lohnkommission aus dem M.-GlADBACH-Kreis der Textilindustrie empfiehlt das bekanntgegebene Verhandlungsergebnis zur Annahme.

Freitag, den 19. Mai, nahmen die Vorstände der einzelnen Organisationen zu dem Verhandlungsergebnis Stellung.

Wenn man noch einiges nachgetragen wird, so kann dies nur zur Klärung der ganzen Sache beitragen.

Die Begleiterscheinungen der ganzen Bewegung haben sicherlich manchem die Augen geöffnet. Ein Mitglied der Arbeiterkommission erklärte in der Betriebsräteversammlung in der Kaiser-Friedrich-Halle u. a.:

Nun, ihr Arbeiterinnen und Arbeiter, seid ihr aus diesem Grunde aus den Betrieben gegangen? Hat man euch vorher dies mitgeteilt? Suchten nicht die Kommunisten und Syndikalistinnen im Trüben zu fischen?

Dann zum Schluß noch die gemeinsamen Betriebsratsversammlungen. Die letzte Bewegung hat die Unhaltbarkeit dieser gemeinsamen Arbeit wieder zur Genüge dargelegt.

Berichte aus den Ortsgruppen.

Aus Bayern wird uns geschrieben: Die Geister die ich rief... Der Deutsche Textilarbeiterverband macht gewissermaßen eine spätere Ähre durch.

zum Teil mit Gewalt, zum Uebertritt in den Deutschen Verband gezwungen wurden.

Heute werden die ersten Führer des Deutschen Textilarbeiterverbandes von denselben radikalen Elementen als Feiglinge und Verräter an der Arbeiterchaft bezeichnet.

Hier muß vorausgeschickt werden, daß in diesen 10000 unzuverlässigen Mitgliedern und zum Teil auch in den 5000 zuverlässigen, noch ein sehr starkes Stück Revolutionsgeist vorhanden ist.

Die Zeit der wilden Streiks muß ein für allemal vorüber sein. Die Arbeiterchaft kann nur in einem organisierten Kampf gewinnen und dort, wo der Kampf nicht organisiert ist, wird sie immer unterliegen müssen.

Wir werden jedenfalls nicht irre gehen, wenn wir behaupten, daß diese Klagerufe von dem Streikleiter des Deutschen Textilarbeiterverbandes stammen.

Die Arbeiterchaft lernt allmählich erkennen, daß die Idee des Sozialismus, wie sie uns die Revolution gebrückt hat, keine heil-, sondern eine verderblichste Idee ist.

Die Arbeiterchaft lernt allmählich erkennen, daß die Idee des Sozialismus, wie sie uns die Revolution gebrückt hat, keine heil-, sondern eine verderblichste Idee ist.

Besondere Bekanntmachungen.

Betrifft: Sozialbeiträge.

Konferenzen verschiedener Verbandsbezirke haben beschlossen, beim Zentralvorstand die Einführung eines Sozialbeitrages von M. 2.- zu beantragen.

Die Arbeiterchaft lernt allmählich erkennen, daß die Idee des Sozialismus, wie sie uns die Revolution gebrückt hat, keine heil-, sondern eine verderblichste Idee ist.

Dieser Beschluß des Zentralvorstandes liegt im Interesse der Gewährung höherer Unterstützungsätze an diejenigen Mitglieder, deren Stundenlohn noch weniger als M. 10.- beträgt.

So sei nochmals darauf hingewiesen, daß laut Beschluß der Verbandsgeneralversammlung der Wochenbeitrag eines jeden Mitgliedes die Höhe eines Stundenlohnes betragen soll.

Düsseldorf, den 23. Mai 1922.

Die Zentralstelle.

Inhaltsverzeichnis.

Artikel: Ein Stundenverdienst als Wochenbeitrag. — Der Berufsgedanke in Gewerkschaft und Volkswirtschaft. — Kritisches zur geltenden Lohnrate. — Feuilleton: Vor 25 Jahren.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Gerhard Müller, Düsseldorf 100, Lannenstr. 33.